



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Ausschuss für Schule und Soziales III/9
Sitzungstag:	Mittwoch, den 26.06.2013
Sitzungsort:	Speisesaal, EG, Franziskusheim, Konrad-Martin-Weg 3, 51688 Wipperfürth
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:57 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
 - 1.1.1. Verpflichtung sachkundiger Bürger und Einwohner
 - 1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.1.3. Einwohnerfragestunde
 - 1.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2013/226
 - 1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

BEREICH SCHULE

- 1.4. Beschlüsse
- 1.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 1.6. Empfehlungen an den Rat
 - 1.6.1. Zustimmung zum Schulentwicklungsplan der Hansestadt Wipperfürth
Vorlage: V/2013/940
- 1.7. Anfragen
- 1.8. Anträge
- 1.9. Mitteilungen
 - 1.9.1. Kreisweiter Schulentwicklungsplan
Vorlage: M/2013/215

1.9.2. Elternbefragung der Grundschüler Klassen 1-3
Vorlage: M/2013/227

1.9.3. Praktische Arbeit des Schulsozialarbeiters
Vorlage: M/2013/229

1.10. Verschiedenes

BEREICH SOZIALES

1.11. Beschlüsse

1.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

1.13. Empfehlungen an den Rat

1.14. Anfragen

1.15. Anträge

1.16. Mitteilungen

1.16. Praktische Arbeit der Senioren- und Pflegeberatung

1. Vorlage: M/2013/228

1.17. Verschiedenes

2. Nichtöffentliche Sitzung

Es fehlten:

Klockner, Jörg
Brücker, Karsten
Jablonka, Thomas

SPD
fraktionslos
fraktionslos

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Heim- und Pflegedienstleiter Gunter Brochhagen sich, das Franziskusheim und die Seniorenarbeit dort vor. Das Franziskusheim bietet seit 1985 auf vier Etagen 88 Wohnplätze und steht in Trägerschaft der Stiftung St. Josef. Das Ziel des Hauses ist es, allen Lebenssituationen älterer Menschen dort gut gerecht zu werden und zwar mit dem Vorrang von Integration vor Segregation. Herr Brochhagen beobachtet seit geraumer Zeit einen Zuwachs von leicht pflegebedürftigen und von an Demenz erkrankten Menschen. Mittelfristig seien weitere bauliche Maßnahmen und neue konzeptionelle Ausrichtungen nötig. Zusätzliches Personal, z.B. Alltagsbegleiter und Ergotherapeuten seien über das Budget hinaus einzusetzen. Freitags und sonntags gibt es in Gottesdiensten im Haus die Möglichkeit, die Sakramente wahr zu nehmen. Das Franziskusheim verfügt über 56 Einbett- und 16 Zweibettzimmer (80% zu 20%) und erfüllt damit die gesetzlichen Anforderungen. Bis zum 31.07.2018 sind 100 % Einzelbett-Zimmer herzustellen. Herr Brochhagen berichtet weiter, dass das Mittagessen ab 01.07. nicht mehr vom Krankenhaus geliefert werde. Die Erhöhung um die Mehrwertsteuer von 19% sei nicht der einzige Grund gewesen, eine Änderung herbeizuführen. Die Küche kocht jetzt wieder selber und lässt Komponenten des Essens durch die Fa. Apetito zuliefern. Auf Nachfrage erläutert Herr Brochhagen, dass für Menschen mit sog. Hinlauf-Tendenzen ein Personenschutzsystem über Armbändchen im Heim genutzt wird. Die schlechteste Lösung sei aus seiner Sicht die Fixierung.

Der Ausschussvorsitzende Herr Mederlet bittet Herrn Brochhagen um seine Einschätzung der Betreuungsmöglichkeiten in Wipperfürth. Mit dem Neubau an der Lüdenscheider Straße sei der Markt für Vollzeit-Pflege gesättigt. Wichtig aus Herrn Brochhagens Sicht sei die Schaffung alternativer Wohnformen. Abschließend lädt Herr Brochhagen ein: „Wilder Westen Wipperfürth - Jung und Alt feiert im Quartier“ am 06.07.2013, 11 – 17 Uhr. Nach einem ökumenischen Gottesdienst gibt es ein buntes Programm am Krankenhaus.

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Mederlet festgestellt.

1.1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger und Einwohner

Die sachkundige Bürgerin Ute Berg wird durch den Vorsitzenden in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Die Niederschrift über die Verpflichtung liegt dem Original der Sitzungsniederschrift bei.

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form anerkannt. Herr Mederlet weist darauf hin, dass zu TOP 1.9.2 eine Tischvorlage der Verwaltung vorliegt.

1.1.3 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen liegen nicht vor. Auch schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

1.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse Vorlage: M/2013/226

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse wird zur Kenntnis genommen.

Auf die Nachfrage von Frau Billstein teilt Herr Wollnik mit, dass die Bezirksregierung mit Verfügung vom 17.06.2013 die beantragten Grundschulverbünde genehmigt hat. Er fasst das wichtige aus den Genehmigungsverfügungen wie folgt zusammen:

- Die Teilstandorte müssen mindestens 46 SchülerInnen haben.
- Die Genehmigung wird unwirksam, sofern in zwei aufeinander folgenden Schuljahren die Mindestfrequenz in der Eingangsklasse (15 Anmeldungen) nicht erreicht wird.
- Der Verbund am Standort KGS Agathaberg mit EGS Albert-Schweitzer und GGS Wipperschule wurde ausnahmsweise und mit folgender Bedingung genehmigt: „Sofern am Teilstandort Wipperschule im Anmeldeverfahren zum Schuljahr 2014/2015 nicht mindestens 15 SchülerInnen angemeldet werden, ist dieser Teilstandort aufzulösen.“
- Die Stadt wurde verpflichtet, die Anmeldezahlen der einzelnen Standorte der Grundschulverbünde unmittelbar nach Abschluss mitzuteilen.

Ferner hat die EGS Albert-Schweitzer zum Ratsbeschluss vom 09.05.2013 hinsichtlich der Einführung einer OGS mitgeteilt, dass darüber in der Schulkonferenz am 12.06.2013 kein eindeutiger Beschluss gefunden wurde. Es wurde beschlossen, eine Elternabfrage an der Schule durchzuführen und nach Erhalt der Rückmeldungen erneut zu tagen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

- entfällt -

BEREICH SCHULE

1.4 Beschlüsse

- entfällt –
-

1.5 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

- entfällt -

1.6 Empfehlungen an den Rat

1.6.1 Zustimmung zum Schulentwicklungsplan der Hansestadt Wipperfürth Vorlage: V/2013/940

1. Dem von der Projektgruppe BILDUNG und REGION aufgestellten Schulentwicklungsplan der Hansestadt Wipperfürth – Fortschreibung 2013 mit Ausblick bis 2021/2022 – wird zugestimmt.
2. Über die schon eingeleiteten bzw. geplanten Verbundschullösungen in der **Primarstufe** soll jede der sieben Wipperfürther Grundschulen als Haupt- bzw. Teilstandort erhalten bleiben. Eine Auswertung auf der Grundlage der aktuellen Anmeldezahlen an den einzelnen Schulen findet (halb)jährlich statt.
3. Das bestehende Schulsystem im **Sekundarbereich** wird in Wipperfürth fortgesetzt. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der veränderten Angebote in der regionalen Schullandschaft, des sich wandelnden Elternverhaltens und der weiteren Entwicklungen des Demografischen Wandels wird die Entwicklung der Anmeldezahlen an den Schulen (halb)jährlich ausgewertet und evtl. zu ziehende Konsequenzen und Optionen im Fachausschuss beraten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Oberbergischen Kreis und den Nachbarkommunen ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, um auch künftig Wipperfürther Förderschülern, die keine Regelschule besuchen (können), eine wohnortnahe Beschulung zu ermöglichen.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, mit den Grundschulen, der Förderschule und der Schulaufsicht ein tragfähiges Konzept schulischer Inklusion zu erarbeiten und dem Fachausschuss zur Beratung spätestens in 2014 vorzulegen.

5. Der Arbeitskreis Schulentwicklungsplanung kann zu den Punkten 2 bis 4 beratend einberufen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Dieser Beschlussentwurf stimmt im Punkt 1 mit dem Vorschlag der Verwaltung überein. Die Verwaltungsvorlage hatte zu den Punkten 2 – 4 folgenden ursprünglichen Wortlaut:

2. Über die schon eingeleiteten bzw. geplanten Verbundschullösungen in der Primarstufe soll jede der sieben Wipperfürther Grundschulen als Haupt- bzw. Teilstandort erhalten bleiben.
3. Am gut funktionierenden dreigliedrigen Schulsystem in der Sekundarstufe wird solange festgehalten, wie es der Elternwille zu-

lässt.

4. Wenn die Alice-Salomon-Schule als selbstständige Förderschule nach dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz nicht mehr gehalten werden kann, wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Oberbergischen Kreis und den Nachbarkommunen ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, das auch künftig Wipperfürther Förderschülern, die keine Regelschule besuchen (können), eine wohnortnahe Beschulung ermöglicht.

Ergänzend zu den bei TOP 1.2 bereits gemachten Ausführungen teilt Herr Wollnik mit, dass nach der Genehmigung der Wipperfürther Grundschulverbände durch die Bezirksregierung die Teilstandorte bestehen bleiben, solange und soweit die Vorgaben zur Klassenbildung erhalten bleiben.

Herr Mederlet sieht in der Genehmigung der Bezirksregierung einen Teilerfolg. Dass im Herbst eine genauere nochmalige Betrachtung der Gesamt-Anmeldesituation zu erfolgen hat, hatte der Ausschuss im April schon beschlossen. Er appelliert an die in Ohl wohnenden Eltern, ihre Kinder auch dort in die Schule zu schicken.

Im Anschluss an diese Informationen rekapituliert Herr Schober (Projektgruppe Bildung und Region) den einjährigen Prozess zur Schulentwicklungsplanung in Wipperfürth und stellt noch einmal die bedeutendsten Entwicklungen im Rahmen eines Folienvortrags heraus. Diese Folien sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Als große Unbekannte stellt er die Entwicklung der Sekundarschule dar. Möglicherweise können dadurch auch traditionelle dreigliedrige Schulsysteme gestärkt werden. Was den Elternwillen angeht, der sei nicht planbar.

Herr Mederlet dankt Herrn Schober und stellt fest, dass es richtig und wichtig war, sich Zeit zu nehmen, nach dem ersten Planentwurf im Oktober 2012 erst heute einen Beschluss zu fassen.

Herr Kremer möchte von Herrn Schober wissen, wie er die Entwicklung der Lehrerversorgung einschätzt. Herr Schober beobachtet, dass die Neuanstellung von Lehrern seit vielen Jahren rückläufig ist. Eine Situation wie bei den skandinavischen Nachbarn, mit zwei bis drei Lehrern pro Schulklasse, sei hier leider nicht absehbar. Herr Berster fragt, ob Herr Schober Möglichkeiten sieht, wie man den beschriebenen Entwicklungen entgegenwirken kann. Herr Schober sieht persönlich, obwohl der Wipperfürther Schulentwicklungsplan einen Bestand für alle drei weiterführende Schulen ausweist (inklusive Einpendler), landesweit nur noch ein zwei-Säulen-Modell: das Gymnasium und eine alternative Schule der Sekundarstufe. Frau Schneider möchte wissen, ob die Planung des Ganztages Auswirkungen auf die Anmeldezahlen haben werde. Herr Schober meint, dass in der Regel hier keine großen Anmeldezuwächse zu verzeichnen sind. Auf die Nachfrage von Herrn Koppelberg zur Zukunft der Alice-Salomon-Schule schätzt er die Entwicklung langsamer ein als eigentlich angedacht. Ca. 25 % der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf würden nicht in die Regelsysteme integrierbar sein. Herr Wollnik weist darauf hin, dass die Kommunen Lindlar, Radevormwald, Hückeswagen und Wipperfürth gemeinsam mit dem Kreis intensiv an einer Lösung für den Kreisnorden arbeiten. Aktuell werde ein Fragebogen zu den einzelnen Schulstandorten

bearbeitet und ausgewertet.

Frau Billstein macht deutlich, dass sie aufgrund der Unterhaltsrechts-Reform das Ganztags-Angebot an allen Schulen für sehr wichtig hält.

Herr Mederlet bedankt sich für die ausführliche Diskussion und schlägt vorstehende Änderung des Beschlusssentwurfes vor. Zu den Raumkapazitäten gäbe es bewusst keinen Vorschlag der SPD-Fraktion, um sich alle Optionen offen zu halten. Herr Kremer begrüßt die Konkretisierungen des Vorschlages.

1.7 Anfragen

- entfällt -

1.8 Anträge

- entfällt -

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Kreisweiter Schulentwicklungsplan Vorlage: M/2013/215

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

1.9.2 Elternbefragung der Grundschüler Klassen 1-3 Vorlage: M/2013/227

Frau Flossbach-Stein erläutert anhand eines Folienvortrages, der dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, zusammenfassend die umfangreichere Tischvorlage. Herr Kremer zeigt sich überrascht über das doch eindeutige Ergebnis für einen Ganztags an allen drei Schulformen. Eine von ihm erbetene Zuordnung zu einzelnen Grundschulen ist nicht möglich, da etwa 150 Fragebögen im Nachgang zum Befragungszeitraum „kleckerweise“ in der Verwaltung eintrafen und gar nicht einer Grundschule zugeordnet werden können. Frau Billstein zeigt sich nicht überrascht, sondern hat das Ergebnis so erwartet. Frau Berg ergänzt, dass viele junge Frauen arbeiten müssen. Bezogen auf das St. Angela-Gymnasium hat die Umfrage eine andere Wertung als Ergebnis: Bezogen auf alle Befragten sprechen sich insgesamt 92 Eltern dafür aus, dass ihr Kind das St. Angela-Gymnasium besuchen wird, davon finden 48 % den Ganztags im Gymnasium wichtig und 52 % den Ganztags im Gymnasium weniger wichtig. Von den heutigen Drittklässler-Eltern haben als mögliche Schulform-Wahl 34 Eltern das St. Angela-Gymnasium angegeben. Davon finden 44 % den Ganztags im Gymnasium wichtig, 56 % weniger wichtig. Herr Mederlet dankt der Verwaltung für die gute Darstellung und den Grundschulen für die aktive Begleitung der Umfrage, ohne die diese hohe Rücklaufquote sicher nicht erreicht worden wäre.

1.9.3 **Praktische Arbeit des Schulsozialarbeiters** **Vorlage: M/2013/229**

Vorab teilt Herr Wollnik mit, dass aus nicht ausgegebenen BuT-Mitteln des Jahres 2011 die Finanzierung der Schulsozialarbeiter in den Kommunen nach Mitteilung des Kreissozialamtes vom 19.06.2013 nunmehr bis 31.12.2014 gesichert ist.

Herr Steenhof erläutert mit einem PP-Vortrag (Anlage 3) seine Tätigkeit als Schulsozialarbeiter an allen Schulen in Wipperfürth (außer an der Konrad-Adenauer-Hauptschule, die eine eigene Stelle für Schulsozialarbeit vorhält) und händigt dem Ausschuss in Ergänzung zu seinem mündlichen Vortrag ein „Handout – Kommunale Schulsozialarbeit“ (Anlage 4) aus. Seine Arbeit dient konkret dazu, Lebenssachverhalte nicht zu Fällen des Jugendamtes werden zu lassen. 13 Hilfen konnten durch seine Intervention so schon vermieden werden, was eine große Kostenersparnis im Bereich der Jugendhilfe darstellt. Gerade in der Elternberatung seien oft Kleinigkeiten Thema, die doch eine große Unsicherheit auf Seiten der Elternschaft vermuten lassen. Hier stärkend zu beraten bringe aus seiner Sicht ganz viel und wende viele Probleme präventiv ab.

Auf die Nachfrage Herrn Hirschs nach Schulverweigerern führt Herr Steenhof aus, dass es sechs Schüler gibt, die länger als drei Monate nicht die Schule besuchen. Allerdings gibt es keine Legaldefinition für das Wort Schulverweigerer. Schulen werden hier zu unterschiedlichen Zeitpunkten tätig. Manche reagieren nach 1 Woche, manche nach drei Monaten. Er beobachte, dass er durch geringe Interventionen, durch ein bisschen Druck schon viel erreichen könne, weil er einfach näher dran sei. Dadurch bringe er ca. 70 % wieder zurück in die Schulen.

Ob es spezifische Probleme an den Schulen gebe, möchte Frau Berg wissen. Dafür sei er noch nicht lange genug unterwegs. Nach einem Jahr und drei Monaten habe er Anlass, gewisse Tendenzen zu sehen, die aber noch nicht spruchreif seien.

Frau Billstein betont, wie wichtig die Schulsozialarbeit sei und dass eine Beschäftigung auf Dauer, über 2014 hinaus, absolut wünschenswert und wichtig sei.

Herr Steenhof macht deutlich, dass es in seiner ersten Zeit darum ging, vornehmlich „die Brände“ an den Schulen zu löschen. Sein eigentlicher Schwerpunkt, die Prävention sei für sein Befinden dadurch zu kurz gekommen. Mit der neuen Beschäftigungsperspektive ist er aber optimistisch, dort viele Angebote weiter entwickeln zu können. Die Schulsozialarbeit sei über den Kreis und das Beratungsangebot der Herbstmühle sehr gut vernetzt. Im Vortrag wurde aber auch deutlich, dass in bis zu 10 Fällen und mehr durch die Schulsozialarbeit auch konkrete teure Jugendamtshilfekosten vermieden werden konnten und so durchaus auch Prävention ge-griffen hat.

Herr Mederlet dankt Herrn Steenhof für den guten Vortrag und die gute

Arbeit und begrüßt die Weiterbeschäftigung bis zum 31.12.2014. Er unterstützt den Appell von Frau Billstein und sieht die Schulsozialarbeit als pflichtige Aufgabe und eben nicht als freiwillige Leistung an. Eine fortgesetzte dauerhafte Finanzierung durch den Bund wie es eine von NRW angeschobene Bundesratsinitiative vorsieht, würde begrüßt werden.

1.10 Verschiedenes

- entfällt -

BEREICH SOZIALES

1.11 Beschlüsse

- entfällt -

1.12 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

- entfällt -

1.13 Empfehlungen an den Rat

- entfällt -

1.14 Anfragen

- entfällt -

1.15 Anträge

- entfällt -

1.16 Mitteilungen

1.16.1 Praktische Arbeit der Senioren- und Pflegeberatung Vorlage: M/2013/228

Frau Abel berichtet von ihrer täglichen Arbeit und ihrer großen Freude daran. Sie berät seit fünf Jahren trägerunabhängig ältere Mitbürger und deren Angehörige. In der Beratung wird der Grundsatz ambulant vor stationär verfolgt. Dabei liegt ihr am Herzen, dass die Menschen gut versorgt sind und in ihrem Wunsch, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben, unterstützt werden. Dabei bildet ein Schwerpunkt ihrer Arbeit die Beratung von Pflegepersonen. Was aus Frau Abels Sicht ausbaufähig sei, ist das Angebot an teilstationärer Pflege, Tagespflege und ein Angebot anderer Wohnformen. 90 % ihrer Arbeit ist Einzelfallberatung. In ihrer verbleibenden Ar-

beitszeit organisiert sie z.B. die Seniorenmesse, Informationsveranstaltungen und arbeitet aktiv im Netzwerk Aktionsbündnis Senioren. Nächsten Monat wird der neue Seniorenwegweiser herausgebracht. Es ist ihr ein Anliegen, die Themen Pflege und Alter aus der dunklen Ecke zu holen. Denn älter und eventuell pflegebedürftig zu werden, ist normal und real. Frau Abel möchte dazu beitragen, das gesellschaftliche Ansehen dafür zu erhöhen.

Herr Mederlet bedankt sich für die gute Darstellung und betont, dass er und der Ausschuss immer interessiert an der Arbeit der Senioren- und Pflegeberatung sind. Herr Brachmann fragt nach den Erfahrungen zum Mehrgenerationenwohnhaus der CBT. Frau Abel und Herr Brochhagen schätzen die Entwicklung des Hauses übereinstimmend als gut ein. Die Situation sei stabil (keine hohe Fluktuation mehr) und es wird gelebt, dass man sich gegenseitig hilft. Anlässlich der Frage von Herrn Hirsch betont Frau Abel, dass sie nur dann tätig werden kann, wenn sie Kenntnis von Sachverhalten erhält, z.B. durch mit der Pflege überforderte Angehörige. Es gibt auf Kreisebene die Aktion „Hilfe für alte Menschen“. Hier kümmern sich Ehrenamtliche um die Begleitung von alten Menschen im Alltag: Arztgänge, Kaffeetrinken, Einkaufen. Frau Billstein möchte wissen, ob Frau Abel auch hinsichtlich Vorsorgevollmachten berät. Das tut sie in 95 % der Beratungen. Der Beratungsbedarf diesbezüglich sei auch gestiegen.

1.17 Verschiedenes

- entfällt -

2 Nichtöffentliche Sitzung

- entfällt -

Frank Mederlet
- Vorsitzender -

Alexandra Flossbach-Stein
- Schriftführerin -